



**SPD**

**Soziale  
Politik für  
Dich.**

**Unterbezirksparteitag**

**der SPD Potsdam**

**01. Juli 2023**

Beschlussbuch

Stand: 20.09.2023

Inhaltverzeichnis

01   Bildung und Jugend.....	3
Antrag 01   1   2023: Digitalisierung in Kindertagesstätten .....	3
Antrag 01   2   2023: Erhöhung der Essemspauschale an die freien Träger der Kindertagesbetreuung.....	4
Antrag 01   3   2023: Schaffung kommunale Fachberatungsstellen für Kindertagesstätten.....	5
Antrag 01   4   2023: Jugendlichen den Raum geben, den sie verdienen.....	6
02   Soziales, Gesundheitswesen.....	9
Antrag 02   1   2023 - Fortschreibung und Verstetigung Förderprogramm Pflege vor Ort .....	9
Antrag 02   2   2023: Investitionskosten Pflegeheime .....	12
Antrag 02   3   2023: Sozialkomponente Deutschland-Ticket.....	13
03   Wohnen und Bauen .....	14
Antrag 03   1   2023: Erhalt und Sanierung von Gebäuden vor Abriss und Neubau .....	14
Antrag 03   2   2023: Baugrundstücke aktivieren und Vorkaufsrechte nutzen – für eine behutsame Rekommunalisierung der Gebäudewirtschaft .....	15
Antrag 03   3   2023: Umwandlungsverbot in milieugeschützten Quartieren .....	16
04   Verkehrspolitik, Infrastruktur und Mobilität .....	17
Antrag 04   1   2023: Sicherheit auf Gehwegen .....	17
05   Umwelt und Energie .....	18
Antrag 05   1   2023: Bauen und Klima.....	18
Antrag 05   2   2023: Maßnahmen für Klimaanpassung .....	19
Antrag 05   3   2023: Förderung von Balkonkraftwerken .....	20
Antrag 05   4   2023: Grüner Strom für Potsdam - Windkraftausbau auf Potsdamer Boden und in Kooperation mit Nachbarkommunen!.....	22
06   Gleichstellungspolitik.....	24
Antrag 06   1   2023: Queere Ampelpaare und I LGBTQIA+Symboliken und andere im gesamten Stadtgebiet von Potsdam .....	24
Antrag 06   2   2023: Einführung von All-Gender-Toiletten in kommunalen Gebäuden.....	25
07   Organisationspolitik .....	26
Antrag 07   1   2023: Satzungsänderung .....	26
08   Eingereicht nach Antragsfrist.....	27
Antrag 08   1   2023: Streichung der Abstandsregel zur Brandmauer für Fotovoltaikanlagen auf Doppelhäusern .....	27
Antrag 08   2   2023: Antrag des SPD-OV Potsdam-Süd auf Verringerung des Mindestabstands zum Nachbargrundstück bei Luft-Wärmepumpen.....	28

## 01 | Bildung und Jugend

1 Antrag 01 | 1 | 2023: Digitalisierung in Kindertagesstätten

2 Antragsstellende Gliederung/AG: SPD Ortsverein Potsdam-Nord/West

3 Beschluss des Parteitag: *Mehrheitlich angenommen*

4

5

6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7

8 Die SPD-Potsdam empfiehlt der SPD-Landtagsfraktion die Fortschreibung und Ver-  
9 stetigung der zum 31.12.2022 ausgelaufenen Richtlinie des Ministeriums für Bil-  
10 dung, Jugend und Sport zur Förderung von pädagogischen Fortbildungen mit Be-  
11 zug zu Medien/Digitalisierung und für Investitionen zur Verbesserung der digita-  
12 len Ausstattung mit Hard- und Software in Kindertagesstätten und Kindertages-  
13 pflegestellen (U6) im vorschulischen Bereich (Richtlinie Medien und Digitalisierung  
14 Kita –RL Medien/Digital Kita 2022).

- 1 Antrag 01 | 2 | 2023: Erhöhung der Essenspauschale an die freien Träger der Kin-
- 2 dertagesbetreuung
- 3 Antragsstellende Gliederung/AG: SPD Ortsverein Potsdam-Nord/West
- 4 Beschluss des Parteitages: *Mit Änderungen mehrheitlich angenommen*
- 5
- 6
- 7 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
- 8
- 9 Die SPD-Potsdam möge mit der Stadtfraktion sich für eine Erhöhung der Essens-
- 10 pauschale für die freien Träger der Kindertagesessbetreuung in der Landeshaupt-
- 11 stadt Potsdam auf 0,50 Euro pro Kind pro Mahlzeit einsetzen. Die Umsetzung ist
- 12 in der nächsten Legislaturperiode zu überprüfen und priorisiert durchzuführen.

- 1 Antrag 01 | 3 | 2023: Schaffung kommunale Fachberatungsstellen für Kindertages-
- 2 stätten
- 3 Antragsstellende Gliederung/AG: SPD Ortsverein Potsdam-Nord/West
- 4 Beschluss des Pateitages: *Mit Änderungsanträgen mehrheitlich angenommen*
- 5
- 6
- 7 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
- 8
- 9 Die SPD-Stadtfraktion möge sich für die Errichtung einer kommunalen pädagogi-
- 10 schen Fachberatungsstelle für die Kindertagesstätten in der Landeshauptstadt
- 11 Potsdam zur Verbesserung derer qualitativen Arbeit einsetzen. In der Landes-
- 12 hauptstadt vorhandene wissenschaftliche Expertise, beispielsweise aus der Früh-
- 13 kindlichen Bildungsforschung an der FH und der Universität Potsdam, sollte in die
- 14 Arbeit der Fachberatungsstellen einfließen.

1 Antrag 01 | 4 | 2023: Jugendlichen den Raum geben, den sie verdienen

2 Antragsstellende Gliederung/AG: JUSOS Potsdam

3 Beschluss des Parteitages: *Mehrheitlich angenommen*

4

5

6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7

8 Die SPD-Stadtfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in der Lan-  
9 deshauptstadt Potsdam ausreichend Räume für Jugendliche geschaffen bzw. zur  
10 Verfügung gestellt werden.

11

12 Jeder Stadtteil muss mit mindestens einem für alle offenen Jugendzentrum ausge-  
13 stattet sein. Es soll geprüft werden, inwiefern ein Relationsschlüssel – beispiels-  
14 weise pro 500 Jugendlicher muss ein Jugendzentrum gewährleistet werden – hilf-  
15 reich sein kann.

16

17 Darüber hinaus soll evaluiert werden, inwiefern die Konzepte bestehender Jugend-  
18 klubs neugedacht werden können, um den Anteil der Kinder und Jugendlichen, die  
19 von vorhandenen Angeboten erfahren und Gebrauch machen, zu erhöhen. Bei-  
20 spielsweise können mobile Lösungen erarbeitet und getestet werden.

21

22 Kinder und Jugendliche müssen Orte finden können, an denen sie ihre eigenen  
23 Ideen auf eine niedrighschwellige Art und Weise entwickeln und artikulieren und  
24 sich austauschen können. Jugendliche und ihre Bedürfnisse, Vorstellungen und  
25 Wünsche sind unterschiedlich - und diesen Unterschieden müssen auch die  
26 Räume, die ihnen zur Verfügung stehen, gerecht werden.

27

28 Es muss sowohl geschützte Räume als auch Freiflächen geben, in und auf denen  
29 alle Jugendlichen willkommen sind, sich austauschen und laut sein können. Es soll  
30 geprüft werden, inwiefern es möglich ist, bestimmte Areale von bestehenden

31 Lärmschutzregelungen auszunehmen bzw. diese anzupassen. Bei Freilufträumen  
32 muss eine ausreichende Versorgung mit Sanitäreinrichtungen und Mülleimern gewähr-  
33 leistet sein. An diesen Orten muss der Dialog sowohl mit den Jugendlichen als auch  
34 mit Anwohner\*innen gesucht werden, um Nutzungskonflikte und Auseinandersetz-  
35 zungen mit Anwohner\*innen und Polizei zu vermeiden.

36

37 Es muss Räume geben, die Jugendliche eigenständig verwalten und gestalten kön-  
38 nen – ebenso wie jene, an denen ihnen pädagogische Unterstützung zur Seite ge-  
39 stellt werden kann.

40 Die Räume in Jugendzentren müssen niedrigschwellig nutzbar sein – beispiels-  
41 weise über einfach gestaltete digitale Raumbuchungsmöglichkeiten oder spontan  
42 nutzbare Angebote.

43

44 Die Fragen, welche Räume sich für die Nutzung von Jugendlichen anbieten und wie  
45 diese Nutzung ausgestaltet werden soll, sollen zwangsläufig gemeinsam mit der  
46 Zielgruppe erörtert werden. Sinnvoll erscheint hier beispielsweise die Zusammen-  
47 arbeit mit dem sich im Aufbau befindlichen Jugendbeirat. Um diesen Jugendbeirat  
48 strukturell zu stärken und die Beteiligung am selbigen attraktiver zu machen, soll  
49 geprüft werden, inwiefern im Jugendbeirat engagierte Schüler\*innen für die Teil-  
50 nahme an den Beiratssitzungen vom schulischen Unterricht befreit werden kön-  
51 nen. Um alle relevanten Akteur\*innen nachhaltig einzubeziehen, wird auf Be-  
52 schluss des Antrags 5/1/2022 zur Nutzung des „Brandenburger Wegs“ zur kollabo-  
53 rativen Erarbeitung von Jugendbeteiligungsformaten und -prozessen verwiesen,  
54 dessen Umsetzung unseres Wissens noch aussteht. Die Beteiligung von Kindern  
55 und Jugendlichen ist durch die Kommunalverfassung (Absatz 1 und 2 des Paragra-  
56 phen 18a der Brandenburgischen Kommunalverfassung) gesetzlich vorgesehen und  
57 sozialdemokratischer Auftrag muss es sein, diesen Paragraphen nicht nur zur  
58 Kenntnis zu nehmen, sondern auch ernsthaft umzusetzen.

59

60 Außerdem soll geprüft werden, welche Orte in der LHP sich für die Erschließung  
61 neuer legaler Graffitiflächen eignen. Die identifizierten Flächen sollen entspre-  
62 chend für Graffitikunstwerke freigegeben werden. Insbesondere Stadtteile, die bis-  
63 her über keine legale Graffitifläche verfügen, sollen hierbei in den Blick genommen  
64 werden – beispielsweise das Bornstedter Feld und der Stern, die zu den Stadtteilen  
65 mit den meisten Jugendlichen gehören, aber keine Möglichkeiten bieten, legal  
66 Graffitikunstwerke zu erstellen.

## 02 | Soziales, Gesundheitswesen

1 Antrag 02 | 1 | 2023 - Fortschreibung und Verstetigung Förderprogramm Pflege vor

2 Ort

3 Antragsstellende Gliederung/AG: SPD Ortsverein Potsdam-Nord/West

4 Beschluss des Parteitag: *Überweisung an den Landesparteitag*

5

6

7 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8

9 Die SPD-Potsdam empfiehlt der SPD-Landtagsfraktion die Fortschreibung und Ver-  
10 stetigung des landesweiten Förderprogrammes Pflege vor Ort voranzutreiben und  
11 umzusetzen. Die dafür notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzun-  
12 gen sind zu schaffen, um die zukünftig immer größer werdenden Herausforderun-  
13 gen im Bereich der Pflege bewältigen zu können.

14

15 Begründung:

16

17 Unsere Gesellschaft wird zunehmend älter. Die Gruppe alter und hochaltriger Men-  
18 schen wird zukünftig immer weiterwachsen, während die Gruppe der Erwerbstäti-  
19 gen abnehmen wird. Infolgedessen wird die Anzahl der Menschen mit einem  
20 Sorge- und Unterstützungsbedarf kontinuierlich zunehmen. Gleichzeitig vollzieht  
21 sich ein gesellschaftlicher Wandel mit einer Zunahme der Singlehaushalte und teil-  
22 weise großen räumlichen Entfernungen zwischen den Generationen. Dieser Wan-  
23 del stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen und hat unter anderem  
24 steigende Ausgaben im Bereich der Pflege zur Folge.

25 Damit diese Herausforderungen bewältigt werden können, müssen alternative  
26 Strukturen und Ideen für die Begleitung und Versorgung von Menschen mit Unter-  
27 stützungs- und Pflegebedarf vor Ort entwickelt werden.

28 Damit dieses gelingt hat das Land Brandenburg den Pakt für Pflege verabschiedet.

29 Der Pakt für Pflege besteht aus vier Säulen:

30

- 31 - Förderprogramm für Kommunen: Pflege vor Ort,
- 32 - Investitionsprogramm der Kurzzeit- und Tagespflege,
- 33 - Ausbau der Pflegeberatung und Pflegestützpunkte,
- 34 - Ausbildung und Fachkräfteentwicklung.

35

36 Vor allem Pflege vor Ort hat sich in der Vergangenheit mehr als bewährt. Seitdem  
37 Jahr 2021 stehen den Kommunen jährlich 11,7 Mio. Euro zur Verfügung. Insgesamt  
38 beteiligen sich 144 Ämter und Gemeinden im Land Brandenburg an diesem Pro-  
39 gramm. Mit Pflege vor Ort konnten die Kommunen Personalstellenschaffen, die  
40 sich um die Belange der älteren Bevölkerung in der jeweiligen Kommune kümmern  
41 und Strukturen vor Ort auf-bzw. ausbauen. Des Weiteren konnten die Kommunen  
42 mit Pflege vor Ort eine Datenerfassung und deren Analyse durchführen, um zu-  
43 künftig bedarfsgerecht agieren zu können. Die Kommunen konnten jedoch auch  
44 Unterstützungsangebote für Betroffene und deren Angehörige schaffen. Darüber  
45 hinaus kann mit Pflege vor Ort die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für pfl-  
46 gebedürftige Menschen gesichert werden, indem bedarfsgerechte Kultur- und Ge-  
47 meinschaftsangebote geschaffen sowie die Vereinsarbeit als auch das nachbar-  
48 schaftliche Engagement gestärkt werden. Pflege vor Ort ermöglichte zudem den  
49 Kommunen Begleit- und Fahrdienste einzurichten, damit auch Menschen mit  
50 Pflege- und/oder Unterstützungsbedarf weiterhin mobil sind und am gesellschaft-  
51 lichen Leben teilhaben können. Das Programm stärkt darüber hinaus Vernetzun-  
52 gen unter den Akteuren vor Ort und ermöglicht unter anderem die Gründung von  
53 lokalen Netzwerken oder Pflegestammtische.

54

55 In kurzer Zeit ließ sich erkennen, dass für eine erfolgreiche Pflege ein Strukturauf-  
56 bau sowie die Koordinierung von Leistungen und Hilfen vor Ort entscheidend sind.

57 Darüber hinaus ist es erforderlich, dass weiterhin eine Vernetzung vor Ort zwi-  
58 schen der Pflege, Kommune und dem Sorge mix stattfindet. Sie bilden einen wich-  
59 tigen Baustein für die Zukunft.

60

61 Das Förderprogramm Pflege vor Ort läuft bis zum 31.12.2024. Die Fortführung und  
62 Verstetigung von Pflege vor Ort sind entscheidend dafür, wie das Land Branden-  
63 burg die immer größer werdenden Herausforderungen im Bereich der Pflege be-  
64 wältigen kann. Die angespannte Haushaltslageermöglichtes den Kommunen  
65 nicht, unter Pflege vor Ort begonnene Projekte eigenständig fortzuführen. Bereits  
66 geschaffene Angebote als auch Strukturen können nicht verstetigt werden und  
67 stehen vor dem Aus. Damit wird die bereits geschaffene Verbesserung der Situa-  
68 tion der Menschen vor Ort aber auch die Entlastung von anderen Akteuren im So-  
69 zialraum (z.B. Pflegediente etc.) in die Ausgangslage zurückgesetzt.

1 **Antrag 02 | 2 | 2023: Investitionskosten Pflegeheime**

2 Antragsstellende Gliederung/AG: AG SPD 60plus

3 Beschluss des Parteitages: *Überweisung an den Landesparteitag*

4

5

6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7

8 Der UB-Parteitag Potsdam fordert den Vorstand der SPD Potsdam auf, gegenüber  
9 dem Landesvorstand der SPD und der SPD-Landtagsfraktion darauf zu dringen,  
10 dass das Land seine Zuschüsse zu den Investitionskosten der Pflegeheime erhöht  
11 und damit im Gegenzug eine Senkung der Eigenbeteiligung der Gepflegten mög-  
12 lich wird. Die Zuschüsse müssen mit jeder Haushaltsaufstellung evaluiert und ge-  
13 gebenenfalls an Inflation und andere Umstandsveränderungen angepasst werden.

14

15 Begründung:

16

17 Das Land Brandenburg zahlt mit 3 Euro je Platz die geringsten Zuschüsse aller Bun-  
18 desländer zu den Investitionskosten der Pflegeheime. Zwar ist die Argumentation  
19 richtig, dass der Vorrang der Stabilisierung der häuslichen Pflege gelten sollte, doch  
20 darf dies nicht einseitig zu Lasten der Menschen gehen, für die eine häusliche  
21 Pflege nicht möglich ist oder in Frage kommt.

1 Antrag 02 | 3 | 2023: Sozialkomponente Deutschland-Ticket

2 Antragsstellende Gliederung/AG: AG SPD 60plus

3 Beschluss des Parteitages: *Mit Änderungen Überweisung an den Landesparteitag*

4

5

6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7

8 Die SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Landesvorstand werden aufgefordert, sich  
9 innerhalb der SPD-geführten Landesregierung für ein Sozialtarif des Deutschland-  
10 tickets im Rahmen des VBB einzusetzen, der bei höchstens 29€ liegen darf. Bezugs-  
11 berechtigt sollen Empfänger\*innen von Tarifleistungen, Schüler\*innen, Auszubil-  
12 dende und Studierende sein.

13 Begründung:

14

15 Der Preis von 49 Euro für das Deutschlandticket ist noch zu hoch, um in großer Zahl  
16 auch von Transferleistungsempfängern und Studierenden genutzt werden zu kön-  
17 nen. Der designierte neue Berliner Senat will laut eigenem Bekunden eine gemein-  
18 same Lösung mit Brandenburg.

03 | Wohnen und Bauen

1 **Antrag 03 | 1 | 2023: Erhalt und Sanierung von Gebäuden vor Abriss und Neubau**

2 Antragsstellende Gliederung/AG: JUSOS Potsdam

3 Beschluss des Parteitag: *Mit Änderungsantrag mehrheitlich angenommen*

4

5

6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7

8 Die SPD Potsdam bekennt sich dazu, dass der Erhalt und die Sanierung von Gebäu-  
9 den im kommunalen Einflussbereich dem Abriss und Neubau von Gebäuden in der  
10 Landeshauptstadt grundsätzlich bevorzugt werden soll – auch dann, wenn die Kos-  
11 ten der Sanierung die eines Neubaus übersteigen.

12 Entsteht durch einen Abriss und Neubau gutachtlich gesichert erheblich  
13 mehr sozialer und mietpreisgedämpfter Wohnraum und würden die Energieein-  
14 sparungen, die aus einer modernisierten Infrastruktur resultieren, mittelfristig die  
15 Klimaschäden, die durch den Abriss und Neubau entstünden, wesentlich überstei-  
16 gen, kann ein Abriss und Neubau in Frage kommen. Voraussetzung muss sein, dass  
17 beim Neubau bestehende Quartiersstrukturen, beispielsweise Jugendtreffs, erhal-  
18 ten und möglichst klimaeffiziente Baumaterialien und -weisen garantiert werden.  
19 Grundsätzlich ist bei allen Baumaßnahmen in Potsdam zu prüfen, ob sie dem Ziel  
20 des klimagerechten Bauens gerecht werden.

21 Ausnahmeanlässe können außerdem die Entsiegelung von Flächen zur Stei-  
22 gerung der Aufenthaltsqualität und zur Regulierung von Temperatur und Nieder-  
23 schlagsabfluss und der Abriss einsturzgefährdeter Gebäude sein. Um in einem vo-  
24 rangehenden Schritt zu verhindern, dass Gebäude erst einsturzgefährdet werden,  
25 müssen Gebäude regelmäßig auf ihren Sanierungsbedarf geprüft und Sanierungs-  
26 arbeiten ggf. zeitnah durchgeführt werden.

1 **Antrag 03 | 2 | 2023: Baugrundstücke aktivieren und Vorkaufsrechte nutzen – für**  
2 **eine behutsame Rekommunalisierung der Gebäudewirtschaft**

3 Antragsstellende Gliederung/AG: JUSOS Potsdam

4 Beschluss des Parteitages: *In geänderter Fassung angenommen*

5

6

7 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8

9 Im Sinne einer ganzheitlichen sozialen Wohnungsbau- und Mietenpolitik setzt sich  
10 die SPD Potsdam für ein Baugebot und die Rückführung von Grundstücken und Ge-  
11 bäuden in die öffentliche Hand ein. Das Vorkaufsrecht gilt es generell zu nutzen.

12 Dazu:

13 - wird die SPD-Stadtfraktion aufgefordert, innerhalb der Stadtverordneten-  
14 versammlung prüfen zu lassen, wie viele baureife Grundstücke aktuell in  
15 Potsdam unbebaut oder geringfügig bebaut sind und somit von einem Bau-  
16 gebot betroffen wären.

17

18 - soll sich die SPD-Stadtfraktion in einem weiteren Schritt dafür einsetzen,  
19 dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Eigentümer\*innen  
20 brachliegender Grundstücke zur freiwilligen Bebauung per Baugebot zu  
21 motivieren oder ihre Grundstücke zu verkaufen.

22

23 wird die SPD-Stadtfraktion aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Landes-  
24 hauptstadt Potsdam konsequent von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch macht, um  
25 einst veräußerte Flächen und Gebäude ins kommunale Eigentum zurückzuführen.

1 Antrag 03 | 3 | 2023: Umwandlungsverbot in milieugeschützten Quartieren

2 Antragsstellende Gliederung/AG: JUSOS Potsdam

3 Beschluss des Parteitages: *Überweisung an den Landesparteitag*

4

5

6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7

8 Der SPD-Landesvorstand und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, in-  
9 nerhalb der SPD-geführten Landesregierung und des Landtages darauf hinzuwir-  
10 ken, dass das Landesministerium für Infrastruktur und Landesplanung eine Verord-  
11 nung erlässt, mit deren Hilfe die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen  
12 in milieugeschützten Quartieren unterbunden werden kann.

13

14 Begründung:

15

16 Wir begrüßen sehr, dass der Oberbürgermeister im Auftrag der Stadtverordneten-  
17 versammlung eine soziale Erhaltungssatzung erarbeitet hat, mit der in einem ers-  
18 ten Schritt Milieuschutzgebiete in Babelsberg Süd und der Teltower Vorstadt ein-  
19 gerichtet und mithilfe eines Sozialraumscreenings weitere geeignete Gebiete iden-  
20 tifiziert werden sollen. Hierdurch können teure Luxussanierungen eingeschränkt  
21 oder verhindert und Mieter\*innen vor extremen Mieterhöhungen und Verdrän-  
22 gung geschützt werden – das ist ein guter Schritt in die richtige Richtung!

23

24 Ein weiterer wichtiger und notwendiger Schritt zur Bekämpfung der Gentrifizie-  
25 rung wäre es, in diesen milieugeschützten Quartieren die Umwandlung von Miet-  
26 in Eigentumswohnungen zu unterbinden. Hierfür ist eine Verordnung des CDU-ge-  
27 führten Infrastrukturministeriums notwendig. Nur so können Mieter\*innen wirk-  
28 sam vor Gentrifizierung geschützt und Mieten stabil gehalten werden.

04 | Verkehrspolitik, Infrastruktur und Mobilität

1 **Antrag 04 | 1 | 2023: Sicherheit auf Gehwegen**

2 Antragsstellende Gliederung/AG: AG SPD 60plus

3 Beschluss des Parteitag: *Mit Änderung mehrheitlich angenommen*

4

5

6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7

8 Die AG SPD 60plus fordert den UB-Vorstand, sich gegenüber der Stadtverordneten-  
9 fraktion der SPD und der Stadtverwaltung dafür einzusetzen, dass Maßnahmen er-  
10 griffen werden, die die sichere, unfallfreie und barrierefreie Nutzung von Gehwe-  
11 gen, Straßen und Plätzen ermöglichen. Dies schließt ferner die zügige Umsetzung  
12 bereits bestehender Vorhaben zur Barrierefreiheit ein. Dazu gehören insbesondere  
13 abgesenkte Bordsteine zur problemlosen Überquerung mit Rollstühlen, Rollatoren  
14 und Kinderwagen und Stolperstein-Wegführungen ohne weite Fugen und un-  
15 ebene Flächen. Außerdem sollte Baumaterial verwendet werden, das Nässe absor-  
16 biert und Glättebildung verhindert.

05 | Umwelt und Energie

- 1 **Antrag 05 | 1 | 2023: Bauen und Klima**
- 2 Antragsstellende Gliederung/AG: AG SPD 60plus
- 3 Beschluss des Parteitag: *Mit Änderungen mehrheitlich angenommen*
- 4
- 5
- 6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
- 7
- 8 Die AG SPD 60plus Potsdam fordert, für alle zukünftigen Bebauungspläne und Bau-
- 9 maßnahmen in Potsdam zu überprüfen mit dem Ziel des klimagerechten Bauens.
- 10 D.h. dass die prognostizierte Klimaerwärmung und deren Auswirkungen auf die
- 11 Gesundheit der Bevölkerung sowie die demografische Entwicklung in Potsdam be-
- 12 rücksichtigt werden. Das beginnt bei Luftschneisen und Grün und endet bei ver-
- 13 wendetem Baumaterial.

1 **Antrag 05 | 2 | 2023: Maßnahmen für Klimaanpassung**

2 Antragsstellende Gliederung/AG: AG SPD 60plus; JUSOS Potsdam

3 Beschluss des Parteitages: *Mit Änderungen mehrheitlich angenommen*

4

5

6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7

8 Die SPD-Stadtfraktion wird aufgefordert, sich innerhalb der Stadtverordnetenver-  
9 sammlung für eine Prüfung einzusetzen, welche Maßnahmen zur Hitzereduktion  
10 und zur Anpassung der Stadtgestaltung an die Erdhitzung sich für die Landes-  
11 hauptstadt eignen und wo diese umgesetzt werden können. Dabei sollen auch die  
12 Empfehlungen des Potsdamer Klimarates beachtet werden.

13

14 Die Umsetzung mindestens folgender Maßnahmen soll geprüft werden:

- 15 • Stärkere Bepflanzung von Straßen und Plätzen vor allem mit klimaresisten-  
16 ten Straßenbäumen
- 17 • Erhalt/Einrichtung von Luftschneisen zur Luftzirkulation
- 18 • Begrünung von Gebäuden (Dachflächen, Wände)
- 19 • Entsiegelung von öffentlichen Plätzen und Schaffung von Versickerungsflä-  
20 chen
- 21 • Schaffung von grünen Oasen, beispielsweise nach dem Vorbild „Urwald der  
22 Stadt“
- 23 • Installation von Trinkwasserspendern
- 24 • Schutz und Neuerrichtungen von wilden Wiesen zum Schutz der Artenviel-  
25 falt
- 26 • Erstellung von Hitzeaktionsplänen

1 Antrag 05 | 3 | 2023: Förderung von Balkonkraftwerken

2 Antragsstellende Gliederung/AG: JUSOS Potsdam

3 Beschluss des Parteitages: *Überweisung an den Landesparteitag*

4

5

6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7

8 Die SPD Potsdam setzt sich im Sinne einer ganzheitlichen Energiewende dafür ein,  
9 dass alle Bürger\*innen – unabhängig von ihrem Geldbeutel und sowohl Mieter\*in-  
10 nen als auch Eigentümer\*innen – die Möglichkeit bekommen, mit einer steckbaren  
11 Photovoltaikanlage einen Beitrag zu ihrer eigenen zukunftsicheren Energieversor-  
12 gung und zur gesellschaftsweiten Energiewende zu leisten.

13

14 Um dies sicherzustellen, werden der Landesvorstand der SPD Brandenburg und die  
15 SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, sich innerhalb der SPD-geführten Landesregie-  
16 rung und insbesondere des Landesministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie  
17 sowie des Landesministeriums für Infrastruktur und Landesplanung bzw. inner-  
18 halb des Landtages dafür einzusetzen, die Rahmenbedingungen für einen bürokra-  
19 tiareren, niedrigschwelligen und sozial gerechten Zugang zu sogenannten Bal-  
20 konkraftwerken zu schaffen.

21

22 Hierfür soll ein Förderprogramm für die Anschaffung und Installation von steckba-  
23 ren PV-Anlagen, wie es bereits in anderen Bundesländern besteht, aufgelegt wer-  
24 den. Im Sinne des sozial gerechten Zugangs soll geprüft werden, inwiefern eine Be-  
25 willigung der Fördermittel vor Ankauf vorgesehen werden kann, die sicherstellen  
26 würde, dass sich auch diejenigen, denen die finanziellen Mittel fehlen, mit den (ge-  
27 samten) Kosten der Anlage in Vorleistung zu treten, an der Energiewende betei-  
28 ligen können. Darüber hinaus soll geprüft werden, inwiefern zusätzlich hürdenarme  
29 Förderkredite für Balkonkraftwerke eingerichtet werden können.

30

31 Begründung:

32

33 Möglichst viele Bürger\*innen sollten an der Energiewende mitwirken. Um Balkon-  
34 kraftwerke für alle Bürger\*innen finanzierbar zu machen, setzt sich die SPD des-  
35 halb für die Förderung dieser ein.

36 Bestehende Förderprogramme auf Landes- und Stadtebene außerhalb Branden-  
37 burgs können hierfür Vorbild sein. Einige Beispiele werden genannt:

- 38 • Förderung Mecklenburg Vorpommern: bis zu 500 Euro nach Installation der  
39 Balkonkraftwerke [https://www.lfi-mv.de/foerderfinder/mini-solaranla-](https://www.lfi-mv.de/foerderfinder/mini-solaranlagen/)  
40 [gen/](https://www.lfi-mv.de/foerderfinder/mini-solaranlagen/)
- 41 • Förderung Berlin: bis zu 500 Euro, Beantragung und Bewilligung vor Instal-  
42 lation [https://www.berlin.de/sen/web/presse/pressemitteilun-](https://www.berlin.de/sen/web/presse/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1292670.php)  
43 [gen/2023/pressemitteilung.1292670.php](https://www.berlin.de/sen/web/presse/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1292670.php)
- 44 • Förderung München: Förderhöhe abhängig von installierter Leistung  
45 <https://www.swm.de/magazin/ratgeber/steckerfertige-pv-anlage>
- 46 • Förderung Ingolstadt: 200 Euro, Beantragung und Bewilligung vor Installa-  
47 tion <https://sw-i.de/bauen-wohnen/mini-pv-anlage-balkonkraftwerk/>

48

49 Eine vollständige Liste mit Verlinkungen zu den jeweiligen Programmen auf Lan-  
50 des- und Stadtebene ist unter folgendem Link einsehbar: [https://www.homeands-](https://www.homeandsmart.de/balkonkraftwerk-foerderung)  
51 [mart.de/balkonkraftwerk-foerderung](https://www.homeandsmart.de/balkonkraftwerk-foerderung)

52

53 Information zu Balkonkraftwerken: Balkonkraftwerke sind auf 600 (800) Watt be-  
54 schränkte Solarmodule. Diese zeichnen sich durch einfache Selbstmontage aus.  
55 Der Anschluss kann über jede Haushaltssteckdose und ohne Installateur\*in erfol-  
56 gen. Die Anschaffungskosten bewegen sich zwischen 500 und 800 Euro je Anlage.  
57 Die Stromeinsparung beläuft sich auch schätzungsweise 100 Euro pro Jahr und den  
58 Anlagen wird eine durchschnittliche Lebensdauer von 20 Jahren attestiert.

1 Antrag 05 | 4 | 2023: Grüner Strom für Potsdam - Windkraftausbau auf Potsdamer Boden  
2 und in Kooperation mit Nachbarkommunen!

3 Antragsstellende Gliederung/AG: JUSOS Potsdam

4 Beschluss des Parteitages: *Mit Änderungen mehrheitlich angenommen*

5

6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7

8 Die SPD Potsdam bekennt sich zum Ausbau der Windenergiekapazitäten. Die SPD-Stadt-  
9 fraktion wird daher aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Landeshauptstadt  
10 Potsdam im Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energien stärker mit Nachbarkommunen  
11 kooperiert.

12

13 Hierfür sollen Vertreter\*innen der Landeshauptstadt mit Vertreter\*innen der benachbar-  
14 ten Landkreise in Kontakt treten und darauf hinwirken, gemeinsam in den Ausbau von  
15 Windenergie- und Photovoltaikanlagen und entsprechender Speicherinfrastruktur zu in-  
16 vestieren und den erzeugten Strom zumindest teilweise in das Potsdamer Energienetz  
17 einzuspeisen. Die Gründung eines kommunalen Zweckverbandes zur Sicherung der  
18 nachhaltigen Energieversorgung der Region (wie sich beispielsweise der Neckar-Energie-  
19 verband rund um Stuttgart zusammengeschlossen hat<sup>1</sup>) ist im Sinne der regionalen Ak-  
20 zeptanz von Windkraftanlagen und der Nutzung von Synergieeffekten anzustreben.

21

22 Wir begrüßen, dass bereits eine Potenzialanalyse für den Windkraftausbau auf Potsda-  
23 mer Boden durchgeführt wird. Wir fordern, dass alle technologischen und rechtlichen  
24 Möglichkeiten, die die Potenzialanalyse zum Ergebnis hat, ausgeschöpft werden.

25

26 Wir setzen uns ebenfalls für den Auf- und Ausbau der lokalen Speicherung erneuerbarer  
27 Energien im Verteilernetz der Netzgesellschaft Potsdam ein, der auch die

---

<sup>1</sup> <https://www.erneuerbareenergien.de/energieversorger/kommunen/kommunale-kooperation-fuer-den-bau-von-wind-und-solarparks>

- 28    Sektorenkopplung aus elektrischer Energie, Fernwärme und Fernkälte mitdenkt und Ef-  
29    fizienzen damit steigert.

06 | Gleichstellungspolitik

1 Antrag 06 | 1 | 2023: Queere Ampelpaare und I LGBTIQIA+Symboliken und andere im  
2 gesamten Stadtgebiet von Potsdam

3 Antragsstellende Gliederung/AG: AG SPDqueer Potsdam

4 Beschluss des Pateitages: *Überweisung an den Unterbezirksvorstand*

5

6

7 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8

9 Es braucht dauerhafte Zeichen im gesamten Stadtbild. Das ist am besten mindestens  
10 mit der Bestückung durch Frauen- und Männerpaare von Ampeln im gesamten Stadt-  
11 bild zu erreichen.

12

13 Die Delegierten des Unterbezirksparteitag beschließen und fordern unsere Mitglieder  
14 der SPD-Stadtfraktion auf, sich in den jeweiligen Ausschüssen und der Verwaltung dafür  
15 stark zu machen, dass hier notwendige Schritte eingeleitet werden.

1 Antrag 06 | 2 | 2023: Einführung von All-Gender-Toiletten in kommunalen Gebäu-  
2 den

3 Antragsstellende Gliederung/AG: AG SPDqueer Potsdam

4 Beschluss des Parteitages: *Mit Änderungen mehrheitlich angenommen*

5

6

7 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8

9 Die SPD-Stadtfraktion soll sich dafür einsetzen, in allen kommunalen Gebäuden  
10 mindestens eine All-Gender-Toilette, die barrierefrei zugänglich und im Gebäude  
11 zentral gelegen ist, einzuführen und einen Umsetzungsplan mit konkreten Maß-  
12 nahmen und Zeitvorgaben zu entwickeln.

07 | Organisationspolitik

1 Antrag 07 | 1 | 2023: Satzungsänderung

2 Antragsstellende Gliederung/AG: AG SPD 60plus

3 Beschluss des Parteitages: *Mit großer Mehrheit angenommen*

4

5

6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7

8 Die SPD Potsdam trifft im §4 Unterbezirksparteitag seiner Satzung folgende Regelung

9 zur Antragsfrist:

10

11 Anträge von Organisationsgliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen  
12 sind spätestens 6 Wochen vorher dem Parteivorstand einzureichen.

13 Für Anträge des Parteivorstandes gilt dieselbe Frist. Die Anträge sind den Delegierten,  
14 Ortsvereinen und den Antragstellenden mit einer Stellungnahme der Antragskommis-  
15 sion spätestens zwei Wochen vor dem Parteitag zuzusenden.

16

17 Darüber hinaus verpflichtet sich der Unterbezirksvorstand, in seiner Geschäftsordnung  
18 Regelungen zur frühzeitigen Planung und Kommunikation des jährlichen Parteitages zu  
19 treffen. Als frühzeitig wird ein Zeitraum von mindestens 8 Monaten vor geplanten Ter-  
20 min angesehen. Die Regelungen für den außerordentlichen Parteitag bleiben davon un-  
21 berührt.

**08 | Eingereicht nach Antragsfrist<sup>2</sup>**

1 Antrag 08 | 1 | 2023: Streichung der Abstandsregel zur Brandmauer für Fotovoltaikanla-  
2 gen auf Doppelhäusern

3 Antragsstellende Gliederung/AG: SPD Ortsverein Potsdam-Süd

4 Beschluss des Parteitages: *Überweisung an den Unterbezirksvorstand*

5

6

7 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8

9 Damit auch auf kleineren Doppelhausdächern möglichst viele Fotovoltaikplatten instal-  
10 liert werden können, die den Betrieb einer klimafreundlichen Wärmepumpe kosten-  
11 günstig gestalten, entfällt für nichtbrennbare Fotovoltaikplatten die Abstandsregel zur  
12 Brandmauer zwischen beiden Häuserhälften, so wie dies bereits in Baden Württemberg  
13 geregelt wurde.

14

15 Dazu wird vorgeschlagen, in § 32 Absatz 5 Satz 2 der Bauordnung nach Pkt. 1.

16 b) „Solaranlage... geschützt sind.“ zu ergänzen um:

17 c) Nichtbrennbare Solaranlagen.

---

<sup>2</sup> Beide Anträge wurden nach Frist eingereicht. Das Parteitagspräsidium ließ die Anträge 08 | 1 | 2023 und 08 | 2 | 2023 zur Abstimmung zu.

1 Antrag 08 | 2 | 2023: Antrag des SPD-OV Potsdam-Süd auf Verringerung des Mindestab-  
2 stands zum Nachbargrundstück bei Luft-Wärmepumpen

3 Antragsstellende Gliederung/AG: SPD Ortsverein Potsdam-Süd

4 Beschluss des Parteitages: *Überweisung an den Unterbezirksvorstand*

5

6

7 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8

9 Um auch bei kleinen Häusergrundstücken eine Heizungsumstellung auf klimafreundli-  
10 che Wärmepumpen zu ermöglichen, soll der auch für Luft-Wärmepumpen bisher gel-  
11 tende 3 m - Mindestabstand zum Nachbargrundstück reduziert werden, zumal die neu-  
12 eren Luft-Wärmepumpen fast geräuschlos sind.